

Thema: attac, attac.,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2932&koobi...

CeiberWeiber +

Politik | Termine | Kultur | Kommentar | Initiativen | Wissenschaft | Life | Herstory | Sitemap | Suche

Ä»

Innenpolitik International Europa Frauenrechte Wirtschaft & Arbeit Medien

Startseite » Artikel » Politik » Wirtschaft & Arbeit »

Widerstand gegen Handelsabkommen zwischen EU und USA

(23.3.2014 Mittlerweile gehen die Verhandlungen über das Transatlantische Handelsabkommen in die vierte Runde, natürlich hinter verschlossenen Türen. Sowohl in den USA als auch in der EU mobilisiert die Zivilgesellschaft und thematisiert das Abkommen kontinuierlich, um Bewusstsein zu schaffen. Die österreichische Plattform TTIP stoppen hatte vor ein paar Tagen Melinda St.Louis von der US-NGO Public Citizen zu Gast und gab eine Pressekonferenz mit ihr.

Die meisten AktivistInnen in Europa (was auch in Parteien und Gewerkschaften hineinreicht) befürchten, dass die höheren Standards in der EU in Bereichen wie Umwelt, Gesundheit, Konsumentenschutz durch das TTIP gesenkt werden. In den USA setzen sich jene Gruppen, die gegen TTIP und TPP (Transpazifisches Abkommen) auftreten, für verbesserte Regelungen ein, sagt St. Louis, was auf der Ebene der Bundesstaaten ausgefochten wird, etwa wenn es um die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte geht. "Manche Standards in der EU können uns als Vorbild dienen", erklärt sie. "Das TTIP würde bestehende Regelungen einzementieren und die Verbesserungen, die wir in Zukunft haben könnten, wären nicht mehr möglich."

Wo die USA schneller reagiert und mehr unternommen haben, ist jedoch der Bereich der Finanzmarktregulierung nach der Finanzkrise, sodass sich hier die EU etwas anschauen sollte, meint St. Louis. Einer der Hauptkritikpunkte in Europa sind Bestrebungen, Klagen gegen angeblich wettbewerbsverzerrende Standards vorzusehen. US-Firmen können sich durch Sozial- und Umweltstandards benachteiligt fühlen und die Gemeinden klagen, in denen sie sich niedergelassen haben. St. Louis macht darauf aufmerksam, dass dies in beide Richtungen gilt, "denn etwa 25.000 Unternehmen sind sowohl in den USA als auch in der EU registriert". Es wäre dann also denkbar, dass EU-Firmen mit Niederlassung in den USA sich angeblichen Gewinnentgang von der öffentlichen Hand "zurückholen" wollen.

Das TTIP würde auch Druck erzeugen etwa auf die Praxis des Fracking, die ebenfalls von der Zivilgesellschaft bekämpft wird. "Es würde dann mehr natürliches Gas exportiert und durch Fracking unter Gefahren für die Umwelt gewonnen werden", sagt St. Louis, denn die USA können es in jedes Land ausführen, mit dem ein Freihandelsabkommen besteht. "Es gäbe dann mehr Druck in Richtung Fracking", warnt sie, und generell einen "globalen Wettlauf zum Boden, zu möglichst niedrigen Standards in vielen Bereichen". Wie europäische NGOs versuchen auch amerikanische - mit denen in Europa akkordiert - nahe an die Verhandlungen heranzukommen. St. Louis war ein paar Tage zuvor in Brüssel, wo sie zu ihrem Erstaunen den amerikanischen Investment-Verhandler traf. Er verhandelte nicht, "wir reden bloss", behauptete er.



Melinda St.Louis (links) mit JournalistInnen

Zu denen, die von diesen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen wenig halten, gehören auch manche Politiker auf der Ebene der US-Bundesstaaten, erklärt St. Louis. Sie haben den Eindruck, dass es nur um den Schutz von Investoren geht, aber für die Bevölkerung weiterer Verlust von Arbeitsplätzen droht. Dies ist auch eine Begleiterscheinung der Freihandelszone NAFTA, deren 20. "Geburtstag" im Jahr 2013 Public Citizen und andere NGOs dazu nutzten, vor TPP und TTIP zu warnen. NAFTA sollte 170.000 neue

- [Die Männer-Riesenpleite...](#)
- [Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...](#)
- [Wirtschaftsförderung und Frauen...](#)
- [Kindergeld in der Diskussion...](#)
- [Frauenministerin Bures: Armut ist weiblich!...](#)
- [ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...](#)
- [Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...](#)
- [Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...](#)
- [Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...](#)
- [Armut und Diskriminierung sind weiblich...](#)
- [Einkommensunterschiede: Stadträtin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...](#)
- [\(20.7.\) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...](#)
- [Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...](#)
- [Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...](#)
- ["Best of Business": Reine Männerwirtschaft...](#)
- [\(20.7.\) Beatrix Karl ist Ä-ÄAB-Generalsekretärin...](#)
- [Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...](#)
- [3.8. "Praktikantin gesucht!" Studie über Angebote in Österreich...](#)
- [Minisicherung oder: Das Leben der anderen...](#)
- [Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...](#)
- [Bezahlen Frauen die Männerkrise?...](#)
- [Diskriminierte Managerinnen...](#)
- [Frauenarbeit in der Krise - Gespräch mit Dwora Stein \(GPA\)...](#)
- [Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...](#)
- [Darf nur die Post zur Polizei?...](#)
- [Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...](#)
- [Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...](#)
- [Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...](#)
- [Frauen und Geld: Martina Eschemüller-Futschik "TopFit for Money"...](#)
- [Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...](#)
- ["Klassenkampf" um die Mindestsicherung...](#)
- [Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...](#)
- [Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...](#)
- [Kein guter Gender Gap Report für Österreich...](#)
- [Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...](#)
- [Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac, attac.,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2932&koobi...>

Jobs pro Jahr bringen, führte aber zu einem Handelsdefizit der USA mit Mexiko und Kanada und zum Abbau von einer Million Arbeitsplätzen allein in den ersten 10 Jahren.

Dazu kommt, dass gerade Arbeiter und Arbeiterinnen, die wegen NAFTA den Job verloren haben, bei ihrer nächsten Anstellung meist ein um 20% oder mehr reduziertes Einkommen in Kauf nehmen müssen. Billiglöhne waren zuvor eher üblich in Bereichen wie Gastgewerbe und Lebensmittelbranche, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen nun ebenfalls mangels Alternativen tätig sind, weil ihre beruflichen Fertigkeiten durch Verlagerung von Produktionen nicht mehr gefragt sind. Als Resultat werden die Einkommensunterschiede grösser, die Mittelklasse steht unter starkem Druck, wie Public Citizen analysiert. Zudem sind die Preise für Lebensmittel gestiegen, während sich Preissenkungen bei Konsumgütern im Alltag kaum auswirken. Arbeiter und Arbeiterinnen ohne College-Abschluss (63% aller Beschäftigten) müssen durch NAFTA einen Wertverlust ihrer Einkommen von mehr als 10% hinnehmen.

Man hat den Bauern versprochen, dass sie durch NAFTA mehr exportieren können, doch in Wahrheit haben die amerikanischen Lebensmittelimporte aus Mexiko und Kanada zugenommen. NAFTA-Regierungen haben Investoren mehr als 360 Millionen Dollar an Kompensation bezahlt, zu denen sie fragwürdige Tribunale verurteilt haben, vor die sie von diesen Investoren belangt wurden wegen Standards im Bereich Umwelt und Gesundheit. Verfahren, bei denen Kompensationen in der Höhe von 12,4 Milliarden Dollar verlangt werden, sind noch anhängig. Die dafür geschaffenen Gerichte tagen geheim, was auch bei TPP und TTIP so gehandhabt werden soll. "Dies wird in den USA und in Europa breit kritisiert", sagt St. Louis, und ebenso, dass geheim über die Abkommen verhandelt wird. "Die Regierung Obama setzt sogar noch mehr auf Geheimhaltung als vorangegangene Administrationen", es gab auch nur wenige Leaks bisher etwa zum TPP (zu dem Wikileaks den Entwurf eines Kapitels [online stellte](#)).

In den USA gibt es ein "trade advisory system" mit 600 Beratern, die zu 90% aus der Industrie kommen und kaum von Gewerkschaften oder Umweltorganisationen. "Es ist nicht erlaubt, über Verhandlungen zu sprechen", und zwar bei Strafandrohung. Dabei wird vorgeschoben, dass es sich um Staatsgeheimnisse und nationale Sicherheit handelt, und das gilt auch für Mitglieder des Kongresses, erläutert St. Louis. Zum Vergleich: In Österreich unterliegen der Nationale Sicherheitsrat und die Unterausschüsse zu Innen- und Landesverteidigungsausschuss (zur Kontrolle der Sicherheitsbehörden bzw. der beiden - militärischen - Geheimdienste). Was TPP und TTIP betrifft, beklagen sich Abgeordnete, dass sie überhaupt nichts erfahren, man ihnen bisher "kein einziges Verhandlungskapitel gezeigt hat". Sie sind auf eine Weise nicht involviert, die bislang keinen Präzedenzfall hatte. Dazu kommt, sagt St. Louis, dass Mainstreammedien auch nicht über die Handelsabkommen berichten.



Melinda St. Louis, Alexandra Strickner, Heidemarie Porstner

Dennoch ist die Mehrheit der Bevölkerung dagegen, die ja auch NAFTA ablehnt, weil ihr klar ist, welches Modell forciert wird. Die Menschen wissen, dass nur Konzerne profitieren, die niedrigste Sozial- und Umweltstandards durchsetzen wollen. In den USA sind auch Konsumentenschutzorganisationen stark involviert in den Widerstand gegen die Handelsabkommen. "Man muss noch einiges an Bewusstseinsarbeit leisten", meint St. Louis, "denn je mehr Menschen über die Abkommen wissen, desto mehr sind sie über diese Pläne besorgt". Auch in den politischen Parteien ist die Ablehnung groß, etwa in Obamas Demokraten. Sie sind mehrheitlich dagegen, dass der Präsident eine Vollmacht erhält, um derartige Verträge zu schliessen.

"Natürlich wird auch außerhalb des Kongresses protestiert, es gibt Aktionstage", wobei man sich auch mit den Gegnern in anderen Ländern koordiniert. "Massendemonstrationen in den Straßen finden nicht statt, aber Kampagnen und die Nutzung der sozialen Medien, und man bezieht immer wieder zu relevanten Themen Stellung." Ein Ziel dabei ist, die Abkommen in die Massenmedien zu bringen, damit kontinuierlich berichtet wird und die Menschen wissen, worum es geht. Dabei sind die Verhandlungen mit Asien aber dringlicher, da sie auch schon weiter fortgeschritten sind. Auf der Webseite

- [Volkskrankheit soziale Unterschiede...](#)
- [ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...](#)
- [Geringe Nachfrage nach einkommensabhängigem Kindergeld...](#)
- [Warum Frauen manches \(angeblich\) besser können...](#)
- [Wollen Frauen wenig verdienen?...](#)
- [Neue Initiative zu Frauen in Führungspositionen...](#)
- [Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...](#)
- [Unternehmerinnen in Wien...](#)
- [Die Einkommenstransparenz kommt...](#)
- [Was bringt die Einkommenstransparenz?...](#)
- [Kundgebung für eine Sozialmilliarde...](#)
- [Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...](#)
- [Werben für mehr Väter in Karenz...](#)
- [Unternehmen und Krisenmanagement...](#)
- [Eine Keule für Christine Marek!...](#)
- [Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...](#)
- [Von Väterkarenz und Rabenmüttern...](#)
- [Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...](#)
- [Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...](#)
- [Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...](#)
- [Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...](#)
- [Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...](#)
- [Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...](#)
- [Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...](#)
- [Frauengoten auch im ländlichen Raum gefordert...](#)
- [Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...](#)
- [Kampf gegen Frauenquoten...](#)
- [Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...](#)
- [Weniger weibliche Führungskräfte...](#)
- [Fairer Kaffeespot mit George Clooney...](#)
- [Unterwegs im Korruptionssumpf...](#)
- [Kampagne "Spielsachen fair machen!..."](#)
- [Standard & Poor's versus EU-Staaten...](#)
- [Attac zum EU-Gipfel...](#)
- [Disput über den EU-Fiskalpakt...](#)
- [Pressestunde mit dem Bundeskanzler...](#)
- [Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...](#)
- [Attac zum Rating für Österreich...](#)
- [Frauen wirtschaften erfolgreicher...](#)
- [Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...](#)
- [Finanzmarktpolitik und Gender...](#)
- [Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...](#)
- [Was Social Banking bewirken kann...](#)
- [Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...](#)
- [Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...](#)
- [SPÖ sabotiert eigene Forderungen...](#)
- [Rote Karte für adidas...](#)
- [Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...](#)
- [Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...](#)

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: attac, attac.,

URL: <http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2932&koobi...>

www.tradewatch.org werden Informationen angeboten, unter anderem Analysen und Fact Sheets, damit die Leute selbst aktiv werden können (in Österreich gibt es eine Plattform unter www.ttip-stoppen.at).

Bei der Koordinierung der Aktionen amerikanischer und europäischer NGOs geht es darum, dass jedes Verhandlungskapitel kritisch begleitet werden soll. In Österreich ist beispielsweise Attac aktiv, wie Obfrau Alexandra Strickner erklärt, denn das TTIP ist "kein Handelsabkommen, sondern ein umfassendes Deregulierungsabkommen, bei dem Profitrechte für Konzerne festgeschrieben werden sollen". Die Klagerechte für Konzerne laufen auf eine "Privatisierung der Demokratie" hinaus. Heidemarie Porstner kritisiert als Landwirtschaftsexpertin von Global 2000, dass mühsam erkämpfte Umweltstandards in Gefahr sind, weil Konzerne sie als Handelshemmnis betrachten. Auch Irmi Salzer (Bergbauernvereinigung-Via Campesina) sieht die bäuerliche Landwirtschaft bedroht, weil mit dem TTIP industrialisierte Landwirtschaft forciert werden soll.

In der Debatte um die Wahlen zum Europäischen Parlament werden übrigens TTIP und [Konsequenzen aus der NSA-Affäre](#) von manchen miteinander verknüpft, als ob es nicht mehr als genug Gründe gäbe, das TTIP abzulehnen und zugleich Schritte gegen die Überwachung zu unternehmen. Zwar interessieren die EU-Wahlen jedenfalls Umfragen zufolge nur eine Minderheit der Bevölkerung, doch wenn Diskussionen dazu stattfinden, wird das TTIP [immer wieder](#) - ebenso wie die NSA-Affäre und [die Situation in der Ukraine](#) - von Podium oder Publikum [angesprochen](#).

Infos:

www.attac.at
www.global2000.at
www.viacampesina.at
www.citizen.org
www.tradewatch.org
www.ttip-stoppen.at

alexandra@ceiberweiber.at
 Alexandra Bader

[Tweet](#)

[Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel](#)

- [➔ ESM ohne Durchführungsbestimmungen...](#)
- [➔ Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...](#)
- [➔ Der große Euro-Schwindel...](#)
- [➔ Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...](#)
- [➔ ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...](#)
- [➔ Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...](#)
- [➔ Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...](#)
- [➔ Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...](#)
- [➔ ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...](#)
- [➔ Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...](#)
- [➔ Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...](#)
- [➔ ESM: Appell an den Bundespräsidenten...](#)
- [➔ Fischer unterzeichnet ESM und Fiskalpakt...](#)
- [➔ Gegen Vorabprüfung von Verfassungsgesetzen...](#)
- [➔ Die ESM-Haftungen visualisiert...](#)
- [➔ Wie Hessen SteuerfahnderInnen bekämpft...](#)
- [➔ Wie Goldman Sachs die Welt regiert...](#)
- [➔ Die Erste Bank und der Weltspartag...](#)
- [➔ Neue Studie über Karenzväter...](#)
- [➔ Die ÖVP und der Wirtschaftsstandort...](#)
- [➔ Kreative Sommer-Kinderbetreuung bei Frequentis...](#)
- [➔ Frequentis: Sicherheitstechnologie aus Österreich...](#)
- [➔ Rote Gewerkschafter präsentieren Überstunden-Studie...](#)
- [➔ Wenn die SPÖ ArbeitnehmerInnen bekämpft...](#)
- [➔ EU, USA, Wirtschaft und Spionage...](#)

[WEITERLEITEN](#) [DRUCKEN](#)

[Home](#) | [Impressum](#) | [Kontakt](#) | [Forum](#) | [Downloads](#) | [Links](#) | [Archiv 1998-2006](#) |

[Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse](#)